



Merkblatt

Ruhegehalt

**Stand:
08/2018**

Die Versorgung der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter des Landes NRW sowie ihrer Hinterbliebenen richtet sich nach den Vorschriften des Beamtenversorgungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen – Landesbeamtenversorgungsgesetz - LBeamtVG NRW – i. d. Fassung des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes vom 14.06.2016 - GV. NRW. S. 310 - (vgl. § 79 Abs. 1 Landesbeamtenengesetz, § 2 Abs. 1 Landesrichter- und Staatsanwältegesetz).

Dieses Merkblatt berücksichtigt die **Rechtslage ab 1. Januar 2017**.

Die Ausführungen sind auf die wesentlichen Grundlagen für die Berechnung der Versorgungsbezüge beschränkt. **Rechtsansprüche können aus diesem Merkblatt nicht abgeleitet oder geltend gemacht werden.**

Hat das für die Versorgung maßgebliche Beamtenverhältnis am 31. Dezember 1991 bestanden, gelten für bestimmte Bereiche Übergangsvorschriften. Im Folgenden sind diese Bereiche jeweils mit ⊕ gekennzeichnet. Erläuterungen hierzu finden Sie unter Abschnitt A 2.

A 1 Versorgung bei Eintritt in den Ruhestand

Die Versorgungsbezüge umfassen das Ruhegehalt, den Kinderanteil im Familienzuschlag und ggf. einen Kindererziehungszuschlag, Kindererziehungsergänzungszuschlag und Pflege- und Kinderpflegeergänzungszuschlag. Bei Eintritt oder Versetzung in den Ruhestand wird ein Ruhegehalt nur gewährt, wenn eine **Dienstzeit von mindestens fünf Jahren** abgeleistet worden ist **oder** die **Zurruhesetzung auf Grund eines Dienstunfalles** erfolgte. Das Ruhegehalt wird auf der Grundlage der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge (1.1) und der ruhegehaltfähigen Dienstzeit (1.2) berechnet.

1.1 Ruhegehaltfähige Dienstbezüge sind (§ 5 LBeamtVG NRW):

1.1.1 das Grundgehalt, das nach dem Besoldungsrecht zuletzt zugestanden hat,

Ist der Versorgungsfall wegen Dienstunfähigkeit auf Grund eines **Dienstunfalles** eingetreten, wird das Grundgehalt nach der Stufe zugrunde gelegt, die bis zum Eintritt in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze hätte erreicht werden können.

1.1.2 der Familienzuschlag der Stufe 1,

Zur Berücksichtigung von Kindern vgl. Nr. 1.3.5.

1.1.3 zuletzt zugestandene sonstige Dienstbezüge, die im Besoldungsrecht als ruhegehaltfähig bezeichnet sind.

z.B. Struktur-, Amts- und ruhegehaltfähige Stellenzulagen

Ruhegehaltfähig sind immer die vollen Bezüge, auch wenn unmittelbar vor Eintritt/Versetzung in den Ruhestand eine Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung ohne Dienstbezüge vorgelegen hat.

Erfolgt der Eintritt/die Versetzung in den Ruhestand **nicht** aus dem **Eingangsamte** einer Laufbahn oder aus einem laufbahnfreien Amt, sind die Dienstbezüge dieses Amtes nur ruhegehaltfähig, wenn sie **mindestens zwei Jahre bezogen** wurden. **Ansonsten** sind die Bezüge des **vorher bekleideten Amtes** ruhegehaltfähig. Dies gilt jedoch nicht, wenn der Versorgungsfall wegen Dienstunfähigkeit auf Grund eines Dienstunfalles eingetreten ist.

1.1.4 Seit dem 01.01.2017 ist die frühere jährliche Sonderzahlung für **aktive Beamte** anteilig in die monatlichen ruhegehaltfähigen Dienstbezüge **eingerechnet**. Da der Prozentsatz der jährlichen Sonderzahlung für aktive Beamte (ab der Besoldungsgruppe A7) jedoch höher war als der für Versorgungsempfänger, sind die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge mit folgenden Faktoren **zu vervielfältigen**.

Faktor 0,99518 – BesGr. A 7 und A 8

Faktor 0,99349 – BesGr. A 9 bis A 16, Besoldungsgruppen der Besoldungsordnungen B, C, H, R, W

1.2 Die ruhegehaltfähige Dienstzeit

ist Berechnungsgrundlage für den Ruhegehaltssatz (1.3). Sie wird bei Eintritt des Versorgungsfalles an Hand der Personalakten ermittelt. Ruhegehaltfähig sind im Wesentlichen die nachfolgend aufgeführten Dienst- und Vordienstzeiten:

1.2.1 Beamtendienstzeit (§ 6 LBeamtVG NRW)

Anzurechnen sind Dienstzeiten in einem Beamtenverhältnis auf Widerruf, auf Probe, auf Lebenszeit, und auf Zeit bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Sinne des § 2 BeamStG. Der Dienstzeit im Beamtenverhältnis gleichgestellt sind u. a. Dienstzeiten im Richterverhältnis, die Zeit des vorgeschriebenen Vorbereitungsdienstes im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis.

Auch die Zeit eines früheren (z.B. durch Ablegen der Laufbahnprüfung oder Entlassung auf Antrag beendeten) Beamtenverhältnisses ist ruhegehaltfähig; das gilt auch dann, wenn hierfür Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung nachentrichtet wurden (**Nachversicherung**).

Ausgeschlossen von der Anrechnung sind Zeiten, für die bei der Entlassung eine **Abfindung** gewährt wurde, es sei denn, die Abfindung wurde nach der erneuten Berufung in das Beamtenverhältnis zurückgezahlt.

Zeiten einer **Teilzeitbeschäftigung** sind nur in dem **Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit ruhegehaltfähig**. Dies gilt auch für eine unterhäftige Beschäftigung während der Elternzeit oder eines Urlaubs aus familienpolitischen Gründen. Eine Ausnahme bildet die **Altersteilzeit** nach § 66 Landesbeamtengesetz. Sie ist zu acht Zehnteln der Arbeitszeit ruhegehaltfähig, die der Bemessung der ermäßigten Arbeitszeit während der Altersteilzeit zugrunde gelegt worden ist. Wurde die Altersteilzeit vor dem 31.12.2012 angetreten, ist sie zu neun Zehntel ruhegehaltfähig.

Grundsätzlich **nicht ruhegehaltfähig** ist die Zeit einer **Beurlaubung ohne Dienstbezüge**. Ausnahme: Sie ist ruhegehaltfähig, wenn bis zum Ende des Urlaubs schriftlich anerkannt wurde, dass der Urlaub öffentlichen Belangen oder dienstlichen Interessen dient und auf Grund der während dieser Beurlaubung ausgeübten Tätigkeit kein Anspruch auf Versorgung, Rente oder ähnliche Leistungen besteht.

Ob die Zeit eines **Erziehungsurlaubs** oder die Zeit einer Kindererziehung während einer Freistellung (Beurlaubung/Teilzeitbeschäftigung nach §§ 78b, 85a LBG NRW i. d. b. 31.03.2009 geltenden Fassung) ruhegehaltfähig ist, hängt davon ab, wann das Kind geboren ist.

Wurde das **Kind vor dem 01.01.1992** während eines Beamtenverhältnisses **geboren**, ist die Zeit bis zu dem Tag, an dem das Kind den **6. Lebensmonat vollendet**, in vollem Umfang **ruhegehaltfähig**.

Der Erziehungsurlaubs bzw. die Elternzeit für ein nach dem 31.12.1991 geborenes Kind ist nicht ruhegehaltfähig. Unter bestimmten Voraussetzungen kann jedoch neben dem Ruhegehalt ein Kindererziehungszuschlag gewährt werden. Nähere Einzelheiten dazu können Sie dem Merkblatt "Kindererziehungszuschlag-Kindererziehungsergänzungszuschlag" entnehmen.

1.2.2 Zeiten vor der Berufung in das Beamtenverhältnis (Vordienstzeiten).

1.2.2.1 Als ruhegehaltfähig gilt kraft Gesetzes die Zeit eines (berufsmäßigen oder nichtberufsmäßigen) **Dienstes bei der Bundeswehr oder eines Zivildienstes** (§ 8 LBeamtVG NRW).

1.2.2.2 **Zeiten im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis** im Dienst eines **öffentlich-rechtlichen Dienstherrn**, in der die Beamtin/der Beamte ohne selbst zu vertretende Unterbrechung tätig gewesen ist, **sollen als ruhegehaltfähig** berücksichtigt werden, sofern diese Tätigkeit hat zur Ernennung geführt hat. (§ 9 LBeamtVG NRW)
Es handelt sich hierbei um

- Zeiten einer hauptberuflichen Tätigkeit, die nach vorliegender Laufbahnbefähigung aufgenommen wurden und in der Regel von einer Beamtin oder einem Beamten ausgeübt werden

- Zeiten einer für die Laufbahn förderlichen Tätigkeit

Voraussetzung ist ein zeitlicher und innerer Zusammenhang zwischen der Beschäftigung im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis und der anschließenden Beamtenzeit. Kurzfristige Tätigkeiten, z.B. als Aushilfsangestellte/r während der Semesterferien oder als wissenschaftliche Hilfskraft, können nicht berücksichtigt werden.

1.2.2.3 Ausbildungszeiten (§ 11 LBeamtVG NRW)

Als ruhegehaltfähig **kann** berücksichtigt werden:

- die Zeit der außer der allgemeinen Schulbildung vorgeschriebenen Ausbildung (z. B. **Lehre, Praktikum, Fachschul-/Hochschulausbildung, übliche Prüfungszeit**). Die Art und Mindestdauer der vorgeschriebenen Ausbildung ergeben sich aus den entsprechenden Ausbildungs- und Prüfungsordnungen, der Laufbahnverordnung oder aus Gesetzen /Verordnungen. Eine vorgeschriebene **Fachschulausbildung** kann bis zu **3 Jahren**, eine **Hochschul-/Fachhochschulausbildung** bis zu **855 Tagen** als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden.
- die Mindestzeit einer **praktischen hauptberuflichen Tätigkeit**, die für die Übernahme in das Beamtenverhältnis vorgeschrieben ist (z.B. in Laufbahnen besonderer Fachrichtungen, § 11 Abs. 1 Nr. 2 LBeamtVG NRW).
- an Stelle der vorgenannten Zeiten und **nur** für Angehörige der **Vollzugsdienste** (der Polizei oder im Strafvollzug) und des **Einsatzdienstes der Feuerwehr** die Zeit einer **praktischen Ausbildung und einer praktischen hauptberuflichen Tätigkeit bis zu fünf Jahren**, wenn diese Ausbildung und/oder Tätigkeit für die Wahrnehmung des Amtes förderlich war/en (§ 11 Abs. 2 LBeamtVG NRW) ^o.
- eine **Promotionszeit** mit bis zu zwei Jahren, sofern die Promotion für die Zulassung zur Laufbahn vorgeschrieben war.

Nicht berücksichtigungsfähig ist eine Ausbildung, die die für die Laufbahn vorgeschriebene Regelschulbildung ersetzt (z.B. Verwaltungslehre oder Verwaltungspraktikum).

1.2.2.4 wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen (§ 82 LBeamtVG NRW)

§ 82 gilt für das vor Inkrafttreten des neuen Hochschulrechts (1. Januar 1980) ernannte wissenschaftliche und künstlerische Personal an Hochschulen nur dann, wenn es in das neue Hochschulrecht übernommen oder übergeleitet worden ist. Er gilt nicht für Professorinnen bzw. Professoren, die von ihren amtlichen Pflichten entbunden werden (Emeritierung) und ihre Hinterbliebenen.

- Die zur Vorbereitung für die **Promotion** benötigte Zeit **gilt** bis zu zwei Jahren als ruhegehaltfähig. (Promotionsadäquate Leistungen können ebenfalls mit bis zu 2 Jahren berücksichtigt werden § 11 LBeamtVG)
- Ist als Einstellungsvoraussetzung eine **Habilitation** gefordert worden, kann die dafür aufgewendete Zeit mit der in der Habilitationsordnung vorgeschriebenen Mindestzeit oder, sofern eine Mindestzeit nicht vorgeschrieben war, mit bis zu drei Jahren berücksichtigt werden. Sind die Einstellungsvoraussetzungen durch **habilitationsadäquate Leistungen** nachgewiesen worden, kann die hierfür verwandte Zeit mit bis zu 3 Jahren berücksichtigt werden.
- Zeiten der **Zugehörigkeit zum Lehrkörper** nach der Habilitation
- Zeiten einer für die Wahrnehmung des Amtes **förderlichen hauptberuflichen Tätigkeit**, die nach erfolgreichem Abschluss des Hochschulstudiums und vor der Ernennung zurückgelegt worden sind und während der **besondere Fachkenntnisse** erworben wurden, **sollen bzw. können** (je nach Einstellungsvoraussetzung) bis zu **fünf Jahren** als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden. Ein über fünf Jahre hinausgehender Zeitraum kann **zur Hälfte** berücksichtigt werden; insgesamt ist die (volle und hälftige) Anrechnung dieser Vordienstzeiten auf zehn Jahre begrenzt.

1.2.2.5 nach § 10 LBeamtVG NRW **können** Zeiten einer **hauptberufliche Tätigkeit** berücksichtigt werden, wenn diese in einem inneren Zusammenhang mit den im Beamtenverhältnis zuerst übertragenen Aufgaben stehen. Bei Teilzeitbeschäftigung sind diese Zeiten nur mit dem Beschäftigungsanteil anrechenbar.

Es handelt sich hierbei um hauptberufliche Tätigkeiten

- im Dienst **öffentlich-rechtlicher Religionsgesellschaften** oder ihrer Verbände,
- im **öffentlichen Schuldienst** oder im **Ersatzschuldienst** sowie an einer **”Deutschen Auslandsschule”** nach Erwerb der Lehrbefähigung
- im **Dienst der Fraktionen** des Bundestages, der Landtage oder kommunaler Vertretungskörperschaften
- im Dienst von **kommunalen Spitzenverbänden** oder **ihren Landesverbänden, Spitzenverbände der Sozialversicherung oder ihrer Landesverbänden**
- im **ausländischen öffentlichen Dienst**, soweit Tätigkeiten ausgeübt wurden, die im Inland herkömmlich in einem Beamtenverhältnis wahrgenommen werden;

Zur Hälfte und in der Regel nicht über zehn Jahre hinaus kann berücksichtigt werden:

- die Tätigkeit als **Rechtsanwalt/in**, sofern das Beamten- bzw. Richterverhältnis bereits am 30.06.2016 bestanden hat (§ 87 Abs. 1 Nr. 4 LBeamtVG NRW),
- die Tätigkeit als **Entwicklungshelfer/in** im Sinne des Entwicklungshelfergesetzes,
- eine **hauptberuflichen Tätigkeit auf wissenschaftlichem, künstlerischem, technischem oder wirtschaftlichem Gebiet**, während der **besondere Fachkenntnisse** erworben wurden, die die **notwendige Voraussetzung** für die Wahrnehmung des Amtes sind.

Unter bestimmten Voraussetzungen dürfen Vordienstzeiten nach Nr. 1.2.2.3, Nr. 1.2.2.4* und 1.2.2.5 nicht oder nur eingeschränkt berücksichtigt werden (§ 13 Abs. 4 LBeamtVG NRW). Nähere Informationen hierzu finden Sie im Merkblatt “Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Renten- und/oder sonstigen Geld-Versorgungsleistungen“.

*mit Ausnahme der als ruhegehaltfähig geltenden Promotionszeit und Zeit der Zugehörigkeit zum Lehrkörper für das Hochschulpersonal)

1.2.3 Zeiten in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (§ 12 LBeamtVG NRW) ^o

Die Anrechnung von Vordienstzeiten nach Tz. 1.2.2 ff. ist ausgeschlossen, wenn

- sie bis zum 3. Oktober 1990 im Beitrittsgebiet zurückgelegt wurden und
- die allgemeine Wartezeit für die gesetzliche Rentenversicherung erfüllt ist sowie
- diese Zeiten als rentenrechtliche Zeiten berücksichtigungsfähig sind.

Ausbildungszeiten (Tz. 1.2.2.3) sind stets von der Anrechnung ausgeschlossen, wenn die allgemeine Wartezeit für die gesetzliche Rentenversicherung erfüllt ist. Ist die allgemeine Wartezeit nicht erfüllt, können diese Zeiten höchstens bis zu fünf Jahren berücksichtigt werden.

1.2.4 Zurechnungszeit (§ 15 Abs. 1 LBeamtVG NRW) ^o

Bei Eintritt des Versorgungsfalles wegen Dienstunfähigkeit vor der Vollendung des 60. Lebensjahres erhöht sich die ruhegehaltfähige Dienstzeit um eine Zurechnungszeit. Diese wird aus der Zeit zwischen dem Eintritt des Versorgungsfalles und dem Ablauf des Monats der Vollendung des 60. Lebensjahres berechnet und zu 2/3 der Gesamtzeit hinzugerechnet, soweit diese Zeit nicht bereits nach anderen Vorschriften ruhegehaltfähig ist.

Beispiel:

Geburtsdatum:	24. Juli 1965
Versetzung in den Ruhestand mit Ablauf des	31. Dezember 2018
Zeitraum: 01.01.2019 – 31.07.2025 =	6 Jahre 212 Tage
hiervon 2/3 als Zurechnungszeit =	4 Jahre 141Tage

1.3 Ruhegehaltssatz (§ 16 Abs. 1 LBeamtVG NRW) ^①

Die Höhe des Ruhegehaltssatzes ergibt sich aus der ermittelten ruhegehaltfähigen Gesamtdienstzeit (siehe Tz. 1.2.1 bis 1.2.4). Das Ruhegehalt beträgt für jedes Jahr der ruhegehaltfähigen Dienstzeit 1,79375 % der abgesenkten ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, insgesamt jedoch höchstens 71,75 %. Der Höchstsatz wird nach 40 Jahren erreicht.

Beispiel

Ruhegehaltfähige Dienstzeit:	33 Jahre 152 Tage
33 Jahre 152/365 Tage = 33,416 J =	33,42 Jahre (gerundet)
33,42 Jahre x 1,79375 % = 59,947 =	59,95 % (gerundet)
Maßgeblicher Ruhegehaltssatz:	59,95 %

1.3.2 Berechnung des Ruhegehaltes

Das Ruhegehalt wird auf der Grundlage der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge (Tz. 1.1) und des Ruhegehaltssatzes (Tz. 1.3) berechnet.

Beispiel:

Ruhegehaltfähige Dienstbezüge	3.500,00 €
x Absenkungsfaktor 0,99349	
abgesenkte ruhegehaltfähige Dienstbezüge	3.477,22 €
Ruhegehaltssatz 59,95 %	
Ruhegehalt 3.477,22 € x 59,95 %	= 2.084,59 €

Auf Antrag kann der Ruhegehaltssatz vorübergehend erhöht werden (§ 17 LBeamtVG NRW), wenn

- Sie wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden sind oder
- aufgrund einer besonderen Altersgrenze (z.B. Vollzugsdienst) in den Ruhestand getreten sind,
- der Ruhegehaltssatz weniger als 66,97 v. H. beträgt und
- die allgemeine Wartezeit in der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt ist.

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Merkblatt "Vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes".

1.3.3 Minderung des Ruhegehaltes (§ 16 Abs. 2 LBeamtVG NRW)

Erfolgt die Versetzung in den Ruhestand

- wegen **Dienstunfähigkeit**, die nicht auf einem Dienstunfall beruht, oder
- wegen **Schwerbehinderung** vor Ablauf des Monats in dem das 63. Lebensjahr vollendet wird oder
- auf eigenen Antrag ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit vor Ablauf des Monats, in dem die Regelaltersgrenze erreicht wird

ist das Ruhegehalt in der Regel **dauerhaft** um einen **Versorgungsabschlag** zu mindern. Der Versorgungsabschlag beträgt 3,6 v.H. für jedes Jahr, um das der Ruhestand vor dem jeweils maßgebenden Zeitpunkt beginnt. Nähere Informationen insbesondere zu einer abschlagsfreien Zurruesetzung entnehmen Sie bitte dem Merkblatt "Versorgungsabschläge".

1.3.4 Mindestversorgung (§ 16 Abs. 3 LBeamtVG NRW)

Das Ruhegehalt beträgt mindestens 35 % der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge des zuletzt bekleideten Amtes (1.1.) - amtsabhängiges Ruhegehalt -. Es darf nicht hinter 61,6 % der jeweiligen ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 5 (ggf. einschließlich Familienzuschlag der Stufe 1) zurückbleiben - amtsunabhängiges Ruhegehalt -.

1.3.5 Kinderbezogener Anteil des Familienzuschlags (§ 58 Abs. 1 LBeamtVG NRW)

Zum Ruhegehalt tritt der Kinderanteil des Familienzuschlags von der Stufe 2 an aufwärts, wenn die Voraussetzungen zum Bezug des Kindergeldes erfüllt sind (vgl. hierzu Merkblatt "Kindergeld").

1.4 Weitere Einkünfte

Erwerbs-/Erwerbsersatz Einkommen, weitere Versorgungsbezüge und Renten können es zu einer Minderung des Ruhegehaltes führen. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte den Merkblättern

Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Erwerbs-/Erwerbsersatz Einkommen

Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit weiteren Versorgungsbezügen

Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Renten

Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Renten und sonstigen Leistungen

- 1.5 Sind im Rahmen eines **Scheidungsverfahrens** zu Ihren Lasten Rentenanwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung begründet worden, ist Ihr Ruhegehalt bei Eintritt/Versetzung in den Ruhestand entsprechend zu kürzen. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Merkblatt "Versorgungsausgleich"

A 2 Übergangsvorschriften (§ 88 LBeamtVG NRW)

2.1 Allgemeines

In den mit [®] bezeichneten Bereichen sind, sofern der Höchstruhegehaltsatz (71,75 %) nicht erreicht wird, vergleichsweise die bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Rechtsvorschriften anzuwenden, wenn das Beamtenverhältnis zu diesem Zeitpunkt bereits bestanden hat. Im einzelnen ist zu beachten, dass

- 2.1.1 die Beschränkung der zu berücksichtigenden **Fach- und Hochschulausbildung** (vgl. Tz. 1.2.2.3) entfällt. Ruhegehaltfähig ist die jeweilige vorgeschriebene Mindeststudien- und -prüfungszeit.

Für Angehörige des **Vollzugsdienstes** und des **Einsatzdienstes der Feuerwehr** entfällt die Berücksichtigung der Vordienstzeiten nach § 11 Abs. 2 LBeamtVG NRW.

- 2.1.2 **Vordienstzeiten in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (Beitrittsgebiet)** werden ohne die in Tz. 1.2.3 aufgeführten Einschränkungen berücksichtigt, soweit die sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind.

- 2.1.3 für die Berechnung einer **Zurechnungszeit** (vgl. Tz. 1.2.4) an die Stelle des 60. Lebensjahres das 55. Lebensjahr tritt und der Zeitraum lediglich zu 1/3 anrechenbar ist.

2.2 Ruhegehaltssatz (vgl. Tz. 1.3)

Die Höhe des Ruhegehaltssatzes bestimmt sich nach so genanntem "Mischrecht". Danach ist

- die **bis zum 31. Dezember 1991** zurückgelegte ruhegehaltfähige Dienstzeit anhand der nachstehenden Tabelle in einen Ruhegehaltssatz umzuwandeln (Besitzstand) und
- die **vom 01. Januar 1992** bis zum Eintritt des Versorgungsfalles zurückgelegte Dienstzeit (ggf. einschließlich Zurechnungszeit) mit 1,0 % zu multiplizieren und dem Besitzstand hinzuzurechnen.

Der sich hieraus ergebende Gesamtruhegehaltsatz ist mit dem Faktor 0,95667 zu vervielfältigen.

Der so berechnete Ruhegehaltssatz darf den Ruhegehaltssatz lt. nachstehender Tabelle nach Absenkung mit dem Faktor 0,95667 nicht übersteigen.

Jahre	v.H.	Jahre	v.H.	Jahre	v.H.
bis 10	35	ab 19	53	ab 28	68
ab 11	37	ab 20	55	ab 29	69
ab 12	39	ab 21	57	ab 30	70
ab 13	41	ab 22	59	ab 31	71
ab 14	43	ab 23	61	ab 32	72
ab 15	45	ab 24	63	ab 33	73
ab 16	47	ab 25	65	ab 34	74
ab 17	49	ab 26	66	ab 35	75
ab 18	51	ab 27	67		

Übersteigt der nach Mischrecht berechnete Ruhegehaltssatz den nach neuem Recht (Tz. 1.3), ist er der Berechnung der Versorgungsbezüge zugrunde zu legen. Bleibt der nach Mischrecht ermittelte Ruhegehaltssatz hinter dem nach neuem Recht zurück, ist der Ruhegehaltssatz nach neuem Recht für die Versorgung maßgebend.

Verzeichnis der Rechtsvorschriften mit Fundstellennachweis und Abkürzungen

Rechtsvorschrift	Abkürzung	Fundstelle
Landesbeamtenversorgungsgesetz NRW	LBeamtVG NRW	SGV. NRW 20323
Landesrichter- und Staatsanwältegesetz	LRiStaG	SGV. NRW 312
Landesbeamtengesetz	LBG	SGV. NRW 2030
Landesbesoldungsgesetz	LBesG	SGV. NRW 2320
Einkommensteuergesetz	EStG	FNA 611 - 1